

29. APR.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

F/XV/98 - 29. April 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|--------|--|----|
| 1 - 1a | <u>Ein erster Schritt zur Neuordnung der Kriegsopferversorgung</u>
Von Kurt Pohle, MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für
Kriegsopfer- und Heimkehrerfragen | 56 |
| 2 - 3 | <u>Die Strassburger Wahlen</u>
Von Heinz Kuhn, MdB
Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion
der Beratenden Versammlung | 67 |
| 4 | <u>Agonie der Diktatur in Ankara</u>
NATO-Partner Türkei kompromittiert den Westen | 51 |
| 5 - 6 | <u>Wasser im "Krieg" mit Amerika</u>
Um die freie Schifffahrt im Suezkanal | 65 |
| 7 | <u>Bestätigte Warnungen</u>
Bundeswehr zu schnell aufgebaut
Zum Bericht des Wehrbeauftragten | 49 |

* * *
* *

Ein erster Schritt zur Neuordnung der Kriegsopferversorgung

Von Kurt Pohle, MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für
Kriegsopfer- und Heimkehrerfragen

Als in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag der Kriegsopferausschuss gegen 1 Uhr nach nahezu 15-stündiger Beratung seine Stellungnahme zu den vorliegenden Gesetzentwürfen über eine Ergänzung des Kriegsopferrechts abschloss, da beschlossen seine Mitglieder, dem Plenum vorzuschlagen, dem Gesetz den Titel - Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsopferrechts (Erstes Neuordnungsgesetz) - zu empfehlen. Das Plenum des Bundestages wird sich noch im Monat Mai in zweiter und dritter Lesung mit diesem Gesetz zu beschäftigen haben.

Von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion wurde ihr Versprechen im zweiten Bundestag ernst genommen, dass der dritte Bundestag die überfällige Reform des Bundesversorgungsgesetzes schaffen müsste. Abschließend darf man sagen - es ist keine Reform des Bundesversorgungsgesetzes erreicht worden, aber man kann es als erstes Neuordnungsgesetz in einer weiterhin anzustrebenden Reform des Bundesversorgungsgesetzes bezeichnen.

Gegenüber dem Entwurf der Bundesregierung weist der Entwurf des Bundestagsausschusses erhebliche Verbesserungen auf. Die sozialdemokratische Initiative hat sich in einer Reihe von beachtenswerten Verbesserungen durchsetzen können. Die Grundrenten sind nicht eingefroren, sondern aufgestockt worden. Die Anrechnung des sonstigen Einkommens hat eine Modifizierung erfahren:

Neu ist im Gesetz die von den Sozialdemokraten geforderte und durchgesetzte Schwerstbeschäftigtenzulage in drei Stufen von 20,--DM bis 60,-- DM.

Ebenfalls gelang es den Sozialdemokraten, die Pflegezulage von bisher 75,-- DM bis 275,-- DM auf 100,-- DM bis 350,-- DM heraufzusetzen.

Die Kleider- und Wäscheverschleisszulage hat bisher in der Spannweite zwischen 3,-- DM und 15,-- DM gelegen. Sie liegt heute in einer Spannweite von 3,-- DM bis 25,-- DM.

Das Sterbegeld wurde von 300,-- DM auf 500,-- DM erhöht. Die Grundrenten der Witwen wurden von 70,-- auf 100,-- DM aufgestockt.

Im Falle der Heiratsabfindung wird nicht mehr der 36-fache, sondern der 50-fache Monatsbetrag der Grundrente gewährt.

Das Wiederaufleben des Witwenanspruches wurde im Gesetz festgelegt.

Die Waisenversorgung in den Grundrenten der Halbwaisen wurden von 20,-- auf 30,-- DM, bei den Vollwaisen von 30,-- auf 60,-- DM erhöht; alle Ausschlussfristen wurden beseitigt.

In die Kapitalabfindung sind auch die 30 und 40 Prozent Erwerbsgeminderten einbezogen worden.

Es wird in Zukunft den Ersatz eines Verdienstaufalles während einer stationären Heilbehandlung geben. Dieser sozialdemokratische Antrag ermöglicht auch Arbeitnehmern eine Kur, die sie bisher wegen des wirtschaftlichen Verlustes ihrer Familie ablehnen mussten.

Die Kriegsopferversorgung hat bisher eine Verbesserung erfahren, und bei den 60-jährigen hört es nun mit den Nachuntersuchungen auf, wenn sich 10 Jahre hindurch in ihrem Leidenszustand nichts geändert hat.

Unbefriedigend bleibt die Elternversorgung. Besonders ist der späte Inkraftsetzungstermin 1. Juni 1960. Auch hier wird die SPD-Fraktion noch im Plenum um eine Vorverlegung des Termins drängen müssen.

Ein zähes Ringen in der Stille ist nicht ohne Erfolg geblieben. Das Erste Neuordnungsgesetz möge ein guter Wegbereiter für seine Nachfolger sein.

Die Strassburger Wahlen

Von Heinz Kühn, MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion
der Beratenden Versammlung

Die Wahlen zum Präsidium des Strassburger Europarates haben zu einem Ergebnis geführt, das für alle, denen die Stärkung der Autorität und Wirksamkeit der europäischen parlamentarischen Institutionen am Herzen liegt, alarmierend und beunruhigend sein muss: Der auf den verstorbenen Präsidenten John Edwards, der aus der britischen Arbeiterpartei hervorgegangen war, als Nachfolger nun gegen einen sozialistischen Kandidaten gewählten konservativ-liberale Kandidat Federspiel wird von sieben Vizepräsidenten assistiert, unter denen gerade noch als letzter ein einziger sozialistischer Kandidat aus dem geradezu dramatischen Wahlgang erfolgreich hervorging. Bis dahin war die Wahl der Vizepräsidenten nahezu stets als Ergebnis interfraktioneller Vereinbarungen durch Akklamation erfolgt. Auch bei der Wahl der Vorsitzenden der Ausschüsse manifestierte sich die gleiche antisozialistische Koalition.

Ist es nicht eine unzulässige Dramatisierung von einem antisozialistischen Trend zu sprechen? Die offensichtlich sorgfältig vorbereiteten Wahlen waren gewiss nicht ausschließlich von dem Willen gesteuert, sozialistische Kandidaten auszuschalten. In der Entscheidung um die Kandidaten für den Präsidenten der Beratenden Versammlung mag die Erwägung manches Abgeordneten aus anderen Gründen dem konservativen Per Federspiel den Vorrang gegeben haben vor dem sozialistischen Kandidaten Arthur Henderson. Aber wer die Gesamtheit der Wahlen sieht, kann sie nicht als Produkt des Zufalls werten; hier war bewusste Absicht am Werk!

Die christlich-demokratische Fraktion des Europarates hat sich in ihrer weit überwiegenden Mehrheit von dem Engagement dispensiert, dass in jeder der drei parlamentarischen Versammlungen - Europarat, Europäisches Parlament und Westeuropäische Union - der Präsident von einer anderen Fraktion gestellt wird, so dass die eine unter christlich demokratischer, die andere unter sozialistischer und die dritte unter liberaler Präsidentschaft steht. Nicht zuletzt war die Wahl

Professor Furlers zum Präsidenten des Europäischen Parlaments, die ohne sozialistische Unterstützung kaum zustande gekommen wäre, das Ergebnis dieser Vereinbarung.

Für die deutsche Repräsentanz in der Beratenden Versammlung des Europarates hatten diese Wahlen noch einen besonderen Aspekt. In der durch den Bruch aller Vereinbarungen erzwungenen Rivalitätskandidaturen standen auch zwei deutsche Bewerber um einen der sieben Vizepräsidentensitze gegeneinander: für die CDU Fürst von Bismarck, für die SPD Professor Ernst Meyer. Dass beide unterliegen würden, war das voraussehbare Risiko einer solchen Kampfwahl, in der die einen nicht für den konservativen Fürsten, die anderen nicht für den sozialistischen Professor zu stimmen bereit waren. Dass aber eine alarmierend grosse Anzahl von Abgeordneten beide Deutschen aus dem neun Namen umfassenden Stimzettel gestrichen haben, so dass gerade die deutschen Kandidaten und nur sie unterlagen, deutet darauf hin, dass auch manche Reserve, die eher im Nationalen als im Fraktionellen begründet ist, mitgewirkt hat. Jedenfalls ist die Bundesrepublik seit zehn Jahren zum ersten Male nicht mehr im Präsidium der Beratenden Versammlung vertreten.

Es mag etwas konstruiert erscheinen, wenn am Rande der Tagung die Idee in die Diskussion hineingeriet ob es nicht vielleicht die Konsequenz einer beginnenden Bereitschaft der Verständigung mit dem Sowjetblock sei, innerstaatlich und innereuropäisch diese "weichere" Entwicklung durch eine umso härtere Haltung gegen die demokratischen Sozialisten zu kompensieren. Sollten solche Tendenzen, für die es historische Vorbilder gibt, in den Strassburger Vorgängen - sei es bewusst oder unbewusst - eine Rolle gespielt haben, so wäre dies der Beginn einer gefährlichen Entwicklung, die in einem Augenblick in dem die auf den tragenden Kräften eines sich freiheitlich nennenden Europa gegründete Solidarität notwendiger denn je ist, doppelt bedauerlich wirken müsste. Auch der immer noch bounruhigend geringen Autorität der europäischen Versammlungen kann die Ausschaltung einer der Grösse nach der christlich-demokratischen Fraktion annähernd gleich starken sozialistischen Fraktion nicht dienen. Die Überprüfung dieser Situation wird nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Agonie der Diktatur in Ankara

E.D. Nun ist es soweit, und was einsichtige Beobachter nach dem Sturz des südkoreanischen Staatspräsidenten Syngman Rhee für andere Länder voraussagten, hat sich überraschend schnell in der Türkei ereignet. In den letzten 48 Stunden demonstrierten Tausende von Studenten gegen die autoritäre Regierung Menderes. An vielen Orten ist es zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei gekommen. Niemand kann zur Stunde mit Bestimmtheit sagen, welchen weiteren Verlauf die Dinge nehmen werden. Eines jedoch ist sicher: Das Regime des NATO-Partners Türkei ist in die ersten Stadien der Agonie eingetreten.

Die amerikanischen Vertreter in Ankara haben sich in der letzten Zeit wiederholt mit Besorgnis über das Ausmaß der politischen und sozialen Krise geäußert, in der sich das Land seit mehreren Jahren befindet. Geradezu bestürzt sollen Außenminister Erturk und seine Berater über das Abgleiten in die unverhüllte Diktatur gewesen sein, welche den herrschenden türkischen Politikern als einziger Ausweg eingefallen war. Hierbei spielt nicht nur die Sorge um die Vernichtung der letzten zivilen Freiheiten im Lande eine Rolle, vor allem fürchtet man zu Recht die Auswirkungen auf die sogenannten bündnisfreien Staaten Asiens und Afrikas, denen der Westen mit seinem NATO-Bündnisssystem und solchen "Freunden" wie die Türkei und Südkorea, um nur einige zu nennen, suspekter denn je erscheinen muß.

Es ist bekannt, daß die herrschende Demokratische Partei der Türkei mit diktatorischen Methoden und Mitteln das Land regiert. Die panische Angst, die Macht an eine Oppositionspartei zu verlieren, läßt den Ministerpräsidenten Menderes zu immer ärarionischeren Praktiken seine Zuflucht nehmen. Seit Jahren ist die Presse des Landes geknebelt wie einst die deutsche unter Hitler. Wenn sich heute Studenten und vielleicht auch bald weite Bevölkerungsschichten gegen das Regime auflehnen, so liegen die Gründe nicht allein in dem jüngst erfolgten Verbot der Tätigkeit der Opposition, in der völligen Lahmlegung der Nachrichtenpresse und der willkürlichen Verhaftung von Politikern, Professoren und Journalisten. Sie reichen weit zurück in eine Zeit, da der Westen - damals mit Abscheu und Empörung - zum erstenmal von den Zuständen erfuhr. Mit welcher Schadenfreude zählten doch die Kommunisten zu jener Zeit der freien Welt ihre "türkischen" Sünden vor und ließen nichts unversucht, in der farbigen Welt die Türkei als "Symbol" des Westens hinzustellen. Wie peinlich aber ist es erst, daß man sich jetzt hierzulande und anderswo daran gewöhnt zu haben scheint, daß unter der Herrschaft von NATO-Verbündeten Zustände anzutreffen sind, wie man sie sonst nur bei den Kommunisten findet.

Aufgrund der Unruhen im Lande gewinnen Berichte an Glaubwürdigkeit, die von einem möglichen Putsch gewisser Armeekreise sprechen. NATO-Offiziere in Izmir sind darum wahrscheinlich zugeknöpft als sonst, wenn man derartige Fragen aufwirft. Die türkische Armee stellt einen sehr entscheidenden politischen Faktor dar, zumal ihr nach wie vor die uneingeschränkte Sympathie der Mehrzahl der Landbevölkerung gehört. Die Studenten, die heute gegen Menderes demonstrieren, sind keine von Kommunisten aufgestachelten "Strolche", sondern gleich ihren südkoreanischen Kommilitonen junge Menschen, die die Freiheit lieben. Vielleicht wäre ein deutliches Wort der Amerikaner jetzt angebracht, ehe es zu spät ist.

Nasser im "Krieg" mit Amerika

I.D. - "Freiheit ist keine Einbahnstrasse", steht auf den Plakaten der Streikposten im Hafen von New York, wo die "Cleopatra", das Schiff der ägyptischen Khedivial Mail line, seit Tagen zum Ausladen bereit liegt. Der amerikanische Verband der Seeleute und der der Dockarbeiter beschlossen, arabische Schiffe, die amerikanische Häfen anlaufen, zu bestreiken, weil amerikanische Schiffe, die israelische Häfen anlaufen und israelische Waren transportieren, bei der Durchfahrt durch den Suez-Kanal behindert werden. Die amerikanischen Verbände richteten sich mit ihrer Aktion zu gleicher Zeit gegen die arabische Weigerung, israelische Schiffe die Durchfahrt durch den Suez-Kanal zu gewähren, wie es die internationalen Abmachungen eigentlich von ihnen fordern. Die ägyptische Reederei hat die amerikanischen Gewerkschaften auf Schadenersatz verklagt. Die amerikanischen Gerichte haben es jedoch bisher abgelehnt, eine einstweilige Verfügung gegen die Gewerkschaften zu erlassen. Die Gerichtsverhandlungen darüber zogen sich länger als gewöhnlich hinaus, weil es der erste Richter aufgrund seines jüdischen Glaubens für ratsamer hielt, die Verhandlungen einem Nichtjuden zu übergeben.

Inzwischen hat das Boykott-Büro der arabischen Liga mit einem Gegenboykott aller amerikanischen Schiffe in arabischen Häfen gedroht. Der amerikanische Botschafter in Kairo hat eine einwöchige Verschiebung der arabischen Gegenmassnahmen erwirkt. Der Seelutenvorband der Vereinigten Arabischen Republik behauptete in einer Erklärung, daß 30 000 arabische Hafendarbeiter bereit seien, amerikanische Schiffe zu bestreiken. Triumphierend wird hinzugefügt, daß die Zahl der arabischen Schiffe, die amerikanischen Häfen anlaufen, weit niedriger ist, als die 50 amerikanischen Schiffe, die täglich in arabischen Häfen ankern. In dieser Erklärung ist die Drohung enthalten, daß auch die amerikanischen Öltanker, deren Ziel saudiarabische Häfen sind, unter den Boykott fallen sollen.

Es erhebt sich hierbei allerdings die Frage, ob sich Präsident Nasser bewusst ist, daß er sich damit in die Ölgeschäfte König Sauds einmischt. Bisher hat sich König Saud in seinen Geschäften mit den

Amerikanern nicht von Nassers politischen Eskapaden stören lassen. Es ist kaum anzunehmen, daß er einen wirtschaftlichen Verlust so ohne weiteres akzeptiert. Von allen arabischen Machthabern ist es ihr ferner am besten gelungen, in seinem Land die Bildung von politischen Organisationen zu verhindern und dem Volk die sozialen Rechte vorzuenthalten. Beugte sich König Saud den Anordnungen Nassers in seinem Boykott-Plan gegen Amerika, muss er sich also nicht nur auf wirtschaftliche Verluste gefasst machen. Nassers Führungsanspruch innerhalb der Arabischen Liga würde damit neues Gewicht bekommen.

Man darf vermuten, dass Nasser in seiner Wut über die Massnahmen der amerikanischen Gewerkschafter seine Politik nicht bis zu Ende durchdacht hat. Allerdings sind bisher wirtschaftliche Schädigungen, die Nasser aus Übereinkünften mit den Amerikanern erwachsen, meist von den Russen wiedergutmacht worden. Es ist zumindest zweifelhaft, ob die Sowjetunion diese "Grosszügigkeit" auch auf Saudi-Arabien ausdehnen wird, denn die Tage dieses durch amerikanische Geschäfte erhaltenen Feudalherrn sind gezählt, und im übrigen ist den Russen ein gespaltenes und gespanntes Verhältnis unter den arabischen Herrschern wertvoller.

So kann es also geschehen, daß der Wirtschaftskrieg, den Nasser seit Jahren gegen Israel führt, sich nun gegen ihn selbst auswirkt, indem eine Krise innerhalb der Arabischen Liga die Folge ist und er sich der Gefahr aussetzt, seinen "Krieg" gegen Amerika zu verlieren.

Die amerikanischen Seeleute-Gewerkschaften, denen übrigens die Gewerkschaften der nordischen Staaten mit einem gleichlautenden Streikbeschluss vorausgingen, haben sich eines internationalen Problems angenommen, das der Generalsekretär der Vereinten Nationen vergeblich zu lösen bemüht ist. Welche Auswirkungen diese Vorgänge auf rein politischer Ebene im Verhältnis der USA zum Nahen Osten haben werden, ist noch nicht zu übersehen.

Bestätigte Warnungen

sp - Der erste Bericht des Wehrbeauftragten des Bundestages, Helmut von Grohman, widerlegt jene Skeptiker, die den beschränkten Schutz der Grundrechte im militärischen Alltag und eine verstärkte parlamentarische Kontrolle über die Bundeswehr als überflüssig betrachteten. Die nach schwedischem Vorbild geschaffene Institution eines Wehrbeauftragten war zunächst auf Ablehnung gestossen. Erst nach langen Hin und Her kam diese Institution zustande, und in General von Grohman fand man auch den Mann, dem man die Ausübung einer solchen Kontrolle wohl anvertrauen konnte.

Sein nun den Abgeordneten des Bundestages übergebener Bericht stützt sich zwar nur auf einjährige Erfahrungen und Beobachtungen, aber diese sind wichtig genug, um die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit zu beanspruchen. Er dürfte zu recht interessanten Diskussionen und zu einer Korrektur verschiedener bisher getroffener Maßnahmen des Verteidigungsministeriums führen. Das Material zu diesem Bericht lieferten 17 Truppenbesuche und 3361 Beschwerden und Eingaben von Angehörigen der Bundeswehr. Aus der hohen Zahl der Beschwerden geht hervor, dass es doch sehr viele Übelstände zu beseitigen gilt. Ferner geht daraus hervor, dass die Angehörigen der Bundeswehr Vertrauen zur Institution des Wehrbeauftragten haben, ein psychologischer Faktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Aus der Fülle des Materials ergibt sich eine eindeutige Schlussfolgerung: Die Bundeswehr ist zu schnell aufgebaut worden, was nicht ohne nachteilige Folgen für ihr inneres Gefüge blieb. Sicherlich ungewollt bestätigte der Wehrbeauftragte damit die seinerzeitigen Warnungen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Von dem noch unter der Ägide Blank gefassten phantastischen Plan, eine Armee von 500 000 Mann innerhalb von drei Jahren aufzustellen, ist zwar sein Nachfolger Strauss recht bald abgekommen, aber auch die zweite revidierte Planung, 350 000 Mann bis 1961 ausgebildet und ausgerüstet zu haben, ist wohl, soll die Bundeswehr wirklich ein taugliches Instrument für die Landesverteidigung sein, nicht mehr durchführbar. Die Bundeswehr leidet nach dem Bericht von Grohman unter einer Überforderung der Truppenführer, dem Mangel an erfahrenen Offizieren, insbesondere Kompaniechefs, an zu wenig jüngeren Offizieren, an verwaltemässigen Schwierigkeiten, unzulänglicher Ausrüstung und ungenügenden Ausbildungsmöglichkeiten. Offiziere und Unteroffiziere haben wenig oder überhaupt keine Zeit für persönliche Aussprachen, auch Fälle von Soldatenschinderei kamen vor, die wohl sonst nicht möglich wären, könnten die höheren Vorgesetzten sich mehr dieser Seite der Bundeswehr widmen. Dies alles hätte man wohl zum grössten Teile vermeiden können, wäre der Aufbau weniger übereilt, aber umso gründlicher erfolgt. Hoffentlich wird man aus den Feststellungen Grohmans für die unmittelbare Zukunft lernen, schon aus politischen Gründen. Mißstände in der Bundeswehr, wie sie der Bericht aufzeigt, können jene Kluft zwischen Soldaten und Staatsbürgern herbeiführen, die zu vermeiden der Selbsterhaltungswille der jungen deutschen Demokratie gebietet.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel